In den Donbass-Konflikt kommt Bewegung

Die ukrainische Regierung stimmt Lokalwahlen im Separatistengebiet zu und ebnet den Weg zu einem Gipfeltreffen

PAUL FLÜCKIGER, WARSCHAU

NZZ 3. Okt. 2019

Wütende Proteste nationalistischer Kreise haben in Kiew in der Nacht zum Mittwoch die Schlagzeilen beherrscht. Veteranen von Freiwilligenbataillonen des Donbass-Kriegs zogen mit Transparenten vor die Präsidialadministration in der Kiewer Innenstadt. Sie schrien «Kapitulation!» und «Schande!». Der Grund ihres Protests liegt in einer überraschenden Ankündigung des neuen Staatspräsidenten Wolodimir Selenski.

Einigung auf Steinmeier-Formel

Anlässlich einer Pressekonferenz am späten Dienstagabend hatte Selenski mitgeteilt, man habe sich bei Verhandlungen in der weissrussischen Hauptstadt Minsk mit Russland auf die Abhaltung von Lokalwahlen in den seit 2014 abtrünnigen Gebieten der Region Donbass geeinigt. Auch die Schaffung eines Sonderstatus für die Region sei vereinbart worden. Kiew werde sich offiziell auf die sogenannte Steinmeier-Formel verpflichten, sagte Selenski. Dieser Vorschlag des damaligen deutschen Aussenministers Frank-Walter Steinmeier von 2016 galt bisher allgemein als vor allem dem Kreml genehm. Selenskis Vorgänger Petro Poroschenko hatte alles unternommen, um den offiziell als guten Vorschlag gelobten Lösungsansatz für den Donbass-Konflikt zu hintertreiben.

Diesen Kurs will Selenski nun offenbar aufgeben. Allerdings machte er in seiner Pressekonferenz auch klar, dass dies keine Kapitulation Kiews bedeute und auch «keine roten Linien» überschritten würden. «Wir werden keine Wahlen unter Gewehrläufen abhalten », sagte Selenski in Anspielung auf die unter nichtdemokratischen Umständen durchgeführten Unabhängigkeitsreferenden in beiden selbsternannten «Volksrepubliken» Donezk und Luhansk im Mai 2014. Damals hatte die von bewaffneten Banden eingeschüchterte Lokalbevölkerung für eine Abspaltung von Kiew votiert. Die Steinmeier-Formel vereinfacht die Umsetzung der beiden Minsker Abkommen von September 2014 und Februar 2015. Diese hatten zwar geholfen, die Lage im Konfliktgebiet zu stabilisieren, vermochten aber den bewaffneten Konflikt zwischen von Russland unterstützten Separatisten und ukrainischen Regierungstruppen entlang der 450 Kilometer langen Frontlinie nicht völlig zu unterbinden. Eine anfängliche Entflechtung der Truppen und der Rückzug der Artillerie wurden bald wieder schleichend rückgängig gemacht. An manchen Frontabschnitten kommt es deshalb auch heute regelmässig zu Kämpfen um Geländeerhebungen und zerschossene Gebäude.

An Bedingungen geknüpft

Laut Umfragen kennen zwei Drittel der Ukrainer die Steinmeier-Formel nicht; auch dies ist ein Erbe von Poroschenkos Präsidentschaft. Der Kompromissvorschlag des heutigen deutschen Bundespräsidenten schreibt klare Vorbedingungen für Lokalwahlen im heute de facto russisch besetzten Teil des Donbass fest. So sollen solche Wahlen erst abgehalten werden, wenn zuvor alle bewaffneten Gruppen abgezogen worden sind und Kiew die volle Kontrolle über die rund 400 Kilometer lange östliche Staatsgrenze zu Russland wiedererlangt hat. Diese kann seit 2014 im Bereich des Separatistengebiets nicht mehr von der Zentralregierung überwacht werden, was Waffenlieferungen und Truppentransporte aus Russland nach Donezk besonders begünstigt.

Eine Art Autonomiestatus folgt auf die Lokalwahlen zudem nur, wenn diese unter Aufsicht der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa stattfinden und als «fair und frei» eingestuft werden. Dennoch wurde in Kiew am Mittwoch lamentiert, mit Selenskis Entscheidung würde die Herrschaft der prorussischen Separatisten und ihrer Helfer aus Russland legitimiert. «Dieses Abkommen spielt Russland in die Hände», sagte der im April abgewählte frühere Präsident Poroschenko.

Die ehemalige Regierungschefin Julia Timoschenko sieht sogar die Souveränität der Ukraine gefährdet. Der Kreml hatte die Zustimmung Kiews zur Steinmeier-Formel als Vorbedingung für ein Gipfeltreffen genannt. Dieses soll im sogenannten Normandie-Format stattfinden, mit Russland, der Ukraine, Frankreich und Deutschland als Teilnehmern. Ein Kremlsprecher bezeichnete die Vereinbarung trocken als wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Nun soll ein passender Termin für ein solches Treffen gesucht werden.